

Ergebnis der Osthofener Ratssitzung vom 13. Dezember 2010

veröffentlicht am

TOP 11 Kommunal- und Verwaltungsreform;

a) Festlegung des Termins der Bürgerbefragung,

2

b) Beschlussfassung über das Verfahren der Bürgerbefragung sowie über den Personenkreis der Abstimmungsberechtigten,

c) Beschlussfassung über die inhaltliche Gestaltung des Stimmzettels,

d) Beschlussfassung über die Hinweise zur Bürgerbefragung sowie über die Art deren Veröffentlichung,

e) Festsetzung einer Aufwandsendschädigung für die ehrenamtlichen Helfer.

TOP 13 Mitteilungen und Anfragen.

TOP 11 a bis e

Bürgermeister Müller stellt fest, dass jedes Ratsmitglied den Entwurf eines Informationsblattes zur Kommunal- und Verwaltungsreform sowie ein Stimmzettelmuster erhalten hat. In dem Informationspapier werden die Gründe und Zielsetzungen der Verwaltungsreform sowie deren Auswirkungen für die Einwohner allgemein erläutert. Weiter wird auf die für den 27. März 2011 vorgesehene freiwillige Bürgerbefragung hingewiesen und die Antwortmöglichkeit auf dem Fragebogen erklärt.

Der Musterfragebogen sieht auf die Frage

„Mit welcher Verbandsgemeinde bzw. mit welchen Verbandsgemeinden soll Ihrer Meinung nach die Stadt Osthofen einen freiwilligen Zusammenschluss bis zum 30. Juni 2012 anstreben?“

eine von drei Antwortmöglichkeiten vor:

➤ Mit der Verbandsgemeinde Eich **und** der Verbandsgemeinde Westhofen.

➤ **Nur** mit der Verbandsgemeinde Eich.

➤ **Nur** mit der Verbandsgemeinde Westhofen.

In der nachfolgenden –teils heftigen– Debatte werden folgende Standpunkte deutlich:

a) SPD- und FWG-Fraktion halten den Termin 27. März 2011 für zu spät und möchten die Befragung schon im Januar 2011 durchführen.

Herr Mehring führt dazu aus, dass der am 27. März 2011 zu wählende neue Landtag sich erst am 18. Mai konstituieren wird. Das spezifische Problem Osthofens besteht nun darin, dass im Oktober 2011 ein Bürgermeister gewählt werden muss. Dies wird **nach** einem freiwilligen Zusammenschluss ein ehrenamtlicher Ortsbürgermeister sein. Für den Fall aber, dass eine Fusion bis dahin nicht zustande gekommen ist, müsste ein hauptamtlicher Bürgermeister gewählt werden. Unter Berücksichtigung der Sommerpause des Parlaments erscheint es fraglich, ob bis Oktober 2011 ein Landesgesetz über den Zusammenschluss Osthofens mit einer (oder zwei) anderen Gebietskörperschaft(en) erlassen werden kann. Herr Mehring beantragt deshalb, die Befragung schriftlich und bereits im Januar 2011 durchzuführen. Kritisiert wird seitens der FWG-Fraktion, dass die Zeit seit dem Grundsatzbeschluss am 28. Juni 2010 weitgehend ungenutzt verstrichen ist.

Die CDU-Fraktion möchte an dem geplanten Termin 27. März (Landtagswahl) festhalten, da sie sich davon eine höhere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verspricht.

Außerdem ist eine detaillierte Information der Stimmberechtigten noch nicht erfolgt, beispielsweise über die finanziellen Auswirkungen der Fusion oder die Frage des Verwaltungssitzes.

Auch sollte sich die Stadt darüber klar sein, welche Einrichtungen sie als Ortsgemeinde behalten möchte und welche an die Verbandsgemeinde übergehen sollen. Ohne diese Informationen ist eine objektive Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich. Herr Kohl erinnert daran, dass er die Verwaltung um die Erstellung eines Zeitplanes über die einzelnen Schritte der Fusion gebeten hat. Herr Piehl weist darauf hin, dass die Bürgerbefragung in Westhofen auch am 27. März

stattfindet. Unterschiedliche Befragungstermine hält er für nicht hilfreich.

Bürgermeister Müller hält es für sinnvoll, eine vorgezogene Befragung in schriftlicher Form durchzuführen, da sonst keine repräsentative Beteiligung erreicht wird. Auf Anfrage erklärt Amtmann Lang, dass dies organisatorisch im Januar möglich ist.

Der Stadtrat beschließt mit 15 Ja-Stimmen, sieben Gegenstimmen und einer Enthaltung, die geplante Bürgerbefragung zeitlich vorzuziehen. Die entsprechenden Anschreiben sollen am 15. Januar 2011 versandt und die Stimmzettel bis zum 30. Januar 2011 an die Verwaltung zurückgegeben werden.

b) Der Stadtrat beschließt ebenfalls mit 15 Ja-Stimmen, sieben Gegenstimmen und einer Enthaltung, die Bürgerbefragung in schriftlicher Form durchzuführen.

Abstimmungsberechtigt

sind alle Personen, die bei der Kommunalwahl wahlberechtigt sind.

c) Zur Frage der Stimmzettelgestaltung führt die CDU-Fraktion aus, dass sich die Fragestellung

am Inhalt des Grundsatzbeschlusses vom 28. Juni orientieren und wie folgt aussehen sollte:

„Befürworten Sie eine Dreier-Fusion (Osthofen–Westhofen-Eich)? Ja/Nein

Wenn eine Dreier-Fusion nicht zustande kommen sollte,

befürworten Sie eine Fusion Osthofens mit:

- der VG Westhofen? Ja/Nein

- der VG Eich? Ja/Nein.“

Nur in dieser Fragestellung wird dem vollständigen Wortlaut des Grundsatzbeschlusses Rechnung getragen, welcher für den Fall, dass es nicht zur Dreier-Fusion

kommt, auch einen Zusammenschluss mit einer Gebietskörperschaft nicht ausschließt.

SPD- und FWG-Fraktion vertreten dagegen die Auffassung, dass mit dem Votum

des Stadtrats am 28. Juni eindeutig die Dreier-Fusion, die „Verbandsgemeinde

Wonnegau“ favorisiert wurde und dies auch in der Befragung zum Ausdruck

kommen sollte. Der Stadtrat war und ist sich darüber einig, dass nur ein Zusammenschluss

mit den beiden Verbandsgemeinden Westhofen und Eich zu einer

nachhaltig funktionsfähigen neuen Gebietskörperschaft führen wird. Um davon

auch die Bevölkerung zu überzeugen, sollte man zielgerichtet vorgehen und die

Befragung nur im Sinne von Zustimmung oder Ablehnung der Dreier-Fusion formulieren.

Herr Piehl ist der Auffassung, dass eine Bürgerbeteiligung überflüssig ist, wenn nicht alle Optionen abgefragt werden. Er schließt sich damit dem Vorschlag der CDU-Fraktion an.

Auf Anfrage erklärt Bürgermeister Müller, dass die Fraktionen zur Stimmauszählung eingeladen werden.

Nach weiterer Aussprache beantragt Herr Ebert den Schluss der Debatte; dem Antrag wird mehrheitlich entsprochen.

Der Stadtrat beschließt mit 15 Ja- und acht Gegenstimmen, bei der schriftlichen Bürgerbefragung nur über die Option des Zusammenschlusses der Stadt Osthofen mit beiden Verbandsgemeinden Westhofen und Eich mit „Ja“ oder „Nein“ abstimmen zu lassen.

d) Ohne weitere Aussprache ist der Stadtrat mit der von der Verwaltung ausgearbeiteten

„Information zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz“

einverstanden. Es muss lediglich der letzte Absatz *„Beteiligung der Bürgerinnen*

und Bürger der Stadt Osthofen“ an die aktuelle Beschlusslage angepasst werden

(Befragung bereits im Januar 2011 in schriftlicher Form, Abstimmung nur über Dreier-Fusion mit Ja oder Nein). Die Hinweise werden den Abstimmungsberechtigten zusammen mit dem Stimmzettel bis zum 15. Januar zugestellt.

e) Die Festsetzung einer Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Helfer bei der Abstimmungshandlung erübrigt sich, da die Befragung in schriftlicher Form erfolgt.

TOP 13

a) Bürgermeister Müller teilt mit, dass die Kommunal-Akademie Rheinland-Pfalz halbtägige Vorort-Seminare zum Thema „Kommunal- und Verwaltungsreform“ anbietet. Falls seitens der Fraktionen Interesse besteht, möge man sich mit der Verwaltung in Verbindung setzen.

Stadtverwaltung Osthofen
Osthofen, den 10. Januar 2011
gez. Bernd Müller, Bürgermeister